



Stadt Großalmerode

Beschlussvorlage

- öffentlich -

VL-9/2018

Federführendes Amt

Hauptamt

Datum

28.02.2018

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Haupt - und Finanzausschuss	19.04.2018	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Großalmerode	26.04.2018	beschließend

Betreff:

Beratung und Beschlussfassung über den Abschluss eines Gestattungsvertrages für überörtliche Energieversorgungsanlagen mit den EnergieNetz Mitte GmbH

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Entwurf des Gestattungsvertrages für überörtliche Energieversorgungsanlagen mit der EnergieNetz Mitte GmbH in Form der Stadtverordnetendrucksache Nr. 05/2018 zu und ermächtigt und beauftragt den Magistrat diesen Vertrag abzuschließen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine finanziellen Auswirkungen.

Sachdarstellung:

Die EnergieNetz Mitte GmbH, Kassel, (ENM) trat im Zuge der Entflechtung des örtlichen Stromnetzes und des Gasnetzes im Mitte 2015 an die Stadt heran und bat um den Abschluss eines Gestattungsvertrages für überörtliche Energieversorgungsanlagen. Die bereits in 2015 im Amt befindlichen Mandatsträger werden sich ggfls. erinnern bzw. können aus einschlägigen Dokumenten ersehen, dass ein wichtiger Kernpunkt des Netzkaufvertrages und Entflechtungskonzeptes zwischen ENM und Stadtwerke Großalmerode GmbH (SGG) darin bestand und noch besteht, dass die ENM im Gebiet der Stadt Großalmerode weiterhin Mittelspannungsanlagen betreiben möchte oder muss, um im umliegenden ENM-Netz die Versorgungssicherheit aufrecht erhalten zu können.

Von ca. 2008 (Neuausschreibung der Konzessionen für Strom- und Gasnetzbetrieb) bis 2015 gingen die Verwaltung und verschiedene „Fachleute“ davon aus, dass die ENM, wenn sie (wie absehbar) im Gemeindegebiet weiterhin Mittelspannungsanlage betreiben würde, dafür auch Konzessionsabgaben oder Gestattungsentgelte zu entrichten hätte. Mit entsprechenden Vorgaben und Erwartungshaltungen wurden die Verhandlungen mit ENM aufgenommen und geführt, stießen allerdings bezüglich eines Gestattungsentgeltes auf entschiedene Ablehnung der ENM.

Nachdem über die sonstigen Regelungen eines Gestattungsvertrages weitgehend Einvernehmen erzielt war, wurde unsererseits ein Gutachten des einschlägig renommierten Büros Becker Büttner Held (BBH) eingeholt. Dies kommt im Wesentlichen zum Ergebnis, dass ENM für verbliebene 4 Endverbraucher, die in der Tiefenbach, im Bahnhof Steinholz und in Bransrode unmittelbar aus der Mittelspannungsebene von ENM versorgt werden, konzessionsabgabepflichtig ist. Darüber hinaus könnte die Stadt ein Wegenutzungsentgelt für Transit- oder Mittelspannungsanlagen nur erheben, wenn sie dies grundsätzlich und in allen Fällen auch erheben würde.

Das Gutachten von BBH ist schwer verständlich und widersprüchlich. Nach Ausschließen aller „Wenn´s und „Aber´s“, kommt es faktisch zu einem negativen Ergebnis bezüglich der Entgeltfrage.

Um nochmals aufkommende Zweifel auszuräumen wurde der Sachverhalt am 27.02.18 auch mit dem zuständigen Referenten des Hessischen Städte- und Gemeindebundes erörtert. Auch Herr Grobba kommt zu dem Ergebnis, dass die Stadt keine Chancen und Möglichkeiten hat ein Gestattung- oder Nutzungsentgelt für Transitleitungen von ENM zu verlangen und durchzusetzen.

Der heute zur Beratung und Beschlussfassung gestellte Gestattungsvertrag wurde bereits im Oktober 2015 final mit ENM verhandelt. Es ist aus diesem Grunde ein (heute rückwirkendes) Inkrafttreten zum 01.01.2016 vorgesehen. Das Außerkrafttreten ist für den 30.06.2031, damit übereinstimmend mit dem Ende des derzeitigen Konzessionsvertrages zwischen Stadt und der SGG terminiert.

Die ENM hat mit Rücksicht auf verschiedenste Belastungen, die in der Verwaltung in den letzten 2 Jahren zu schultern waren, wiederholt zugestimmt, dass die Priorität des Vertrages zurück gestellt wird. Nunmehr ist es aber an der Zeit den Vertrag umgehend abzuschließen, um Rechtssicherheit für die Beteiligten zu erreichen.

Der Vertrag regelt im Wesentlichen folgende Inhalte:

<i>Nr.</i>	<i>Inhalt</i>	<i>Seiten</i>
1.	Einleitung	2
2.	Vertragsgegenstand	3
3.	Gestattungsentgelt	4
4.	Baumaßnahmen, Gewährleistung	4
5.	Erteilung und Einholung von Leitungsauskünften	5
6.	Folgepflicht und Folgekosten	6
7.	Haftung	7
8.	Informationspflicht	7
9.	Übertragung des Vertrags	7
10.	Vertragsdauer	8
11.	Schlussbestimmungen	8

Er ist als Entwurf und Stadtverordnetendrucksache Nr. 05/2018 beigelegt.
Das BBH-Gutachten ist als Stadtverordnetendrucksache Nr. 04/2018 beigelegt.

N i c k e l

Bürgermeister

Anlage(n):

1. BBH-Gutachten
2. Gestattungsvertrag ENM